



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

30 (18.1.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-201464](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-201464)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Druckpreis: In Mannheim und Umgebung monatlich 1.50 M., in den übrigen Orten 2.00 M. ...

Verlagspreis: Die kleine Zeitg. Nr. 4. — woch. Nr. 5. — ...

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. — Aus der Welt der Technik. — Gesetz und Recht. — Mannheimer Frauen-Zeitung. — Mannheimer Musik-Zeitung. — Bildung und Unterhaltung.

Vor verantwortungsvollen Entscheidungen.

Von Finanzminister a. D. Dr. Becker, M. d. R.
Die Ausschüsse des Reichstags waren, wie bereits gemeldet, am 10. I. Mitts. zu gemeinschaftlicher Sitzung zusammenberufen, um zu den Beschlüssen erster Lesung ...

gemäß nach solchen wilden Preisen bemessen wird, zur Grundlage der Besteuerung gemacht haben. Wie zwischen diesen beiden sich scharf gegenüberstehenden Auffassungen eine Verständigung möglich sein soll, ist heute nicht abzusehen. Die Entscheidung dieser Frage liegt im wesentlichen beim Zentrum und wird schließlich in dieser Partei selbst ausgekämpft werden müssen. Es wird sich dabei zeigen, ob in der Zentrumsfraktion die durch die Vernunft gebotene Rücksicht auf die Erhaltung der Wirtschaft, die im wesentlichen von dem alten Führer Herold und anderen vertreten wird, siegt, oder die Rücksichtnahme des linken Zentrumsflügels auf die Konkurrenz der sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre. Steht das Zentrum als Fraktion zu den Beschlüssen erster Lesung — und wir haben zunächst keinen Grund daran zu zweifeln —, so wird wohl auch die Sozialdemokratie in dieser Frage nachgeben, die, wie bereits bemerkt, es doch nicht leicht auf einen Wahlkampf ankommen lassen wird, nachdem sie von dem töstlichen Oud der Macht und des Besitzes der Regierungsgewalt nunmehr wiederum dreiviertel Jahre lang reichlich genascht hat. Die demokratische Partei wird allein sich gewiß nicht unter das Joch der Sozialdemokratie in dieser Frage beugen. Doch die Deutsche Volkspartei, die an den Beschlüssen erster Lesung auch in dieser Frage wie in so manchen anderen Dingen hervorragend mitgewirkt hat, die wirtschafts-schonende und wirtschaftsfreundliche Haltung, die sie bei allen Gelegenheiten der Revolution getreu ihren alten Ueberlieferungen eingenommen hat, auch in der zweiten Lesung nicht verleugnen wird, ist selbstverständlich.

So liegt der Schlüssel für die ganze Situation in der Hand des Zentrums mehr noch, als in den Händen der Regierung. Möge das Zentrum bei den in den nächsten Tagen an es heranretenden Entscheidungen der Schwere der Verantwortung, die auf ihm ruht, eingedenk sein. Nicht nur die günstige Lösung der finanzpolitischen Frage, die den Reichstag zurzeit beschäftigt, hängt von dieser seiner Entscheidung ab. Völlig das Zentrum die übrigen bürgerlichen Parteien im Stich, so wird es auf längere Dauer von den Fesseln der Alleinarbeit mit der Sozialdemokratie, in die es sich damit begibt, nicht so bald wieder los kommen. Eine Verbreiterung der Koalition nach der bürgerlichen Seite muß auf jeden Fall für absehbare Zeit als ausgeschlossen gelten, wenn Zentrum und Sozialdemokratie wieder einmal unter Preisgabe bürgerlicher Anschauungen sich über die Steuergesetze verständigen wollten.

Auch die Regierung möge sich der Schwere ihrer Verantwortung bewußt bleiben. In ernster und sachlicher Arbeit ist es gelungen, in Zusammenarbeit der Vertreter des Finanz-Ministeriums und der Mitglieder des Ausschusses den Regierungsvorlagen Form und Inhalt zu geben, die in Einzelheiten vielleicht abänderungsbedürftig sind, im Großen und Ganzen aber wohl für Steuerzahler wie für den Reichstag annehmbar sind. Hoffentlich hat nun der Herr Reichskanzler nicht etwa den Ehrgeiz, durch Opfer an sozialdemokratische Anschauungen und Gedankengänge die Arbeit der letzten Wochen zu zerlegen und dem deutschen Steuerzahler Gesetze zuzumuten, die für die deutsche Wirtschaft schlechthin unerträglich wirken müßten.

Berlin, 18. Jan. (Von unv. Berl. Büro.) Die Steuerfrage steht nach unserer Kenntnis so: Reichsfinanzminister Hermes hat gestern den ganzen Tag mit verschiedenen Parteiführern verhandelt und zwar, wie wir betonen möchten, gruppenweise, mit den Ausschußmitgliedern der verschiedenen Fraktionen einzeln. Trotdem hat die Lage der Dinge seit der gemeinsamen Sitzung der beiden Ausschüsse in der vorigen Woche sich nicht verändert. Ueber die indirekten Steuern würde man sich schließlich einig werden, über die direkten nicht. Der Stein des Anstoßes bleibt da nach wie vor die von der Sozialdemokratie geforderte Erfassung der Sachwerte. Immerhin möchte man in parlamentarischen Kreisen die Hoffnung nicht aufgeben, daß es noch gelingen wird, in diesen Stücken zu einer Einigung zu kommen.

Die Konferenz von Genua.

Englisch-französische Verhandlungen.
Paris, 18. Jan. Nach einer Meldung des „Daily Mail“ werden eingehende diplomatische Verhandlungen zwischen Paris und London wegen der Tagung in Genua geführt. Es sollen vor allem die Beratungsgegenstände festgelegt werden, die die französischen und englischen Interessen betreffen. An erster Stelle steht die Frage der Reparationen der ehemals feindlichen Staaten, auch der wirtschaftliche Wiederaufbau Rußlands wird im Vordergrund der Besprechungen von Genua stehen. Ein Antrag betreffs der deutschen Reparationszahlungen wird einen hervorragenden Platz in den Besprechungen von Genua einnehmen. Nach genanntem Blatte glaubt man, daß die deutschen Zahlungen nur in Natura geleistet werden sollen und daß zwischen Frankreich und England ein Abkommen getroffen werden soll, wonach England Frankreich ein Drittel seiner Schuld im Betrage von 570 Millionen Pfund Sterling unter der Bedingung erlassen werde, daß Frankreich auch Deutschland eine ebenso hohe Summe nachlasse.

Telegrammwechsel zwischen Poincaré und Lloyd George.
Paris, 17. Jan. Havas zufolge hat Poincaré an die Ministerpräsidenten der alliierten Regierungen Begrüßungs-Telegramme geschickt. Das Telegramm an Lloyd George hat folgenden Wortlaut:
Ich lege Wert darauf, Ihnen im Namen der französischen Regierung die Versicherung zu geben, die ich im Laufe unserer freundschaftlichen Besprechung am Samstag aus eigenem Antriebe und persönlich ge-

macht habe, zu erneuern. Frankreich wird sich bemühen, die Prüfung der verschiedenen Fragen, die gegenwärtig zwischen England und ihm schweben, in freundschaftlichem Geiste wieder aufzunehmen. Ich hege die Hoffnung, daß es uns gelingen wird, sie durch gegenseitiges Vertrauen zum Besten der Interessen unserer beiden Länder zu lösen. Die französische Regierung ist überzeugt, daß es den beiden Völkern, die auf den Schlachtfeldern für eine und dieselbe Idee eng und vereint gekämpft haben, gelingen wird, im gemeinsamen Einvernehmen die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, die Durchführung der Verträge, die sie unterzeichnet haben, und die Reparationen für die durch die Invasion verursachten Schäden sicherzustellen.

Lloyd George sandte folgendes Antworttelegramm:
Mit großer Betrübnis haben meine Kollegen und ich Ihre im Namen der neuen französischen Regierung abgegebene freundschaftliche Bestätigung der Versicherungen entgegengenommen, die bei unserer persönlichen Aussprache am letzten Samstag ausgetauscht wurden. Die britische Regierung hat in einem vor kurzem veröffentlichten Dokument die Politik enger Zusammenarbeit, die sie mit Frankreich aufrecht zu erhalten wünscht, in großen Zügen dargelegt, so daß die Wiederholung Ihrer Ansichten an dieser Stelle sich erübrigt. Es mag genügen, zu sagen, daß wir die Sicherheit des französischen Gebietes gegen einen deutschen Angriff, die Bezahlung der Frankreich für seine zerstörten Gebiete geschuldeten Reparationen und die Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages als gemeinsame Interessen des französischen und britischen Volkes betrachten, die beide Staaten gemeinsam verteidigen müssen. Wir wünschen lebhaft und wie sich glücklich, festzustellen, daß Sie denselben Wunsch hegen, die unerledigten Probleme in der Weise zu regeln, daß das eng einvernehmen zwischen Ihrem Volke und dem unsrigen durch nichts gestört werden kann und daß der Geist der Kameradschaft, der zwischen uns in Kriegeszeiten geherrscht hat, uns weiter befeuert, um die hohen Aufgaben, die darin bestehen, die Völker Europas durch einen gerechten und dauerhaften Friedenspakt zu einigen, zu Ende zu führen.

Lord Derby in Paris.
Paris, 17. Jan. (Havas.) Der frühere englische Botschafter in Frankreich, Lord Derby, ist aus London in Paris angekommen.

London, 18. Jan. Unter Bezugnahme auf die Erklärungen Lord Derbys gegenüber einem Berichterstatter des Pariser Blattes „Le Journal“, wonach Großbritannien eine gemeinsame Grenze mit Frankreich habe, nämlich den Rhein, und mit Frankreich diese Grenze mit allen ihren zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen werde, fragt „Daily Chronicle“, ob Lord Derby seine Geographie vergessen habe und ob er die Forderungen der französischen Annerkennung sich zu eigen gemacht habe.

Interpellationen der französischen Sozialisten.
Paris, 17. Jan. (Havas.) Der Abgeordnete Baronne ist von der sozialistischen Gruppe aufgefordert worden, die Regierung über die allgemeine Politik zu interpellieren, ferner hat der Abgeordnete Sangnier ein Ersuchen um Interpellation über die auswärtige Politik der Regierung und über die Pläne bezüglich der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas eingebracht.

Wilson's Geheimdokumente.

Milano, 17. Jan. Der „Corriere della Sera“ bringt in einem Bericht aus Washington lange Auszüge aus dem soeben erschienenen dritten Teil der Geheimdokumente des früheren Präsidenten Wilson, die in Amerika unter dem Titel „Die Furcht Frankreichs hält die Welt bewaffnet“ durch den Freund Wilsons, Vater, veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung stößt sich auf bisher unbekanntes Dokumente, die zum Verständnis der jetzigen Krise in Frankreich von wesentlichem Interesse sind. Woodrow Wilsons Reden und Mitteilungen werden beigegeben, um den verhängnisvollen Widerpruch Frankreichs hervorzuheben, das verlangt, daß Deutschland die im Friedensvertrag festgesetzten ungeheuren Entschädigungen bezahle, aber dann gleichzeitig wirtschaftlich und industriell zugrunde gerichtet werden soll. Die drei Friedensvertragsentwürfe der Franzosen, die in Paris zur Diskussion standen, werden in der Veröffentlichung wiedergegeben. Danach würden dem Biererrät drei sich ergänzende Pläne unterbreitet: ein militärischer von Hoch, ein diplomatischer von Bourgeois und ein wirtschaftlicher von Louchour und Klotz.

Hoch verlangte die Rheinlinie als „für den demokratischen Völkerbund notwendige gemeinsame Sicherheitsbarriere“ und schlug vor, diese Linie mit einem großen stehenden internationalen Heere zu besetzen. Bourgeois schlug einen militärischen Völkerbund unter dem Befehl eines Generalstabes vor, da die Liga ein Werkzeug zur Beherrschung Deutschlands werden sollte. Louchour unterbreitete einen Plan, um nicht nur Deutschlands Abrüstung zu kontrollieren, sondern auch die deutsche industrielle Produktion zu verhindern, daß sie wieder zu Kriegszwecken eingerichtet würde. Er verlangte daher die dauernde Besetzung von Essen, eines großen Teiles von Westfalen und des Saargebietes nebst Zuteilung Oberschlesiens an Polen, um den industriellen Kernland Deutschlands endgültig zu veröden zu lassen. Während der monatelangen Abwesenheit Wilsons von Paris machte Clemenceau verzweifelte Anstrengungen, um die interalliierte Kontrolle in einigen deutschen Hauptindustrien, vor allem in der heimischen Industrie, durchzusetzen. Der Widerstand Lloyd Georges und nachher Wilsons brachte diese Pläne ewiger wirtschaftlicher Unterdrückung zum Scheitern. Es war jedoch nicht möglich, das von verhängnisvollen Missionen seiner Politik verbundene Frankreich von seinen finanziellen Forderungen abzubringen, die infolge der Bergamottigung Deutschlands unmöglich einzutreiben waren.

In der Geheimhaltung des Biererrates vom 7. Februar 1919 bezeichnete Wilson das Programm Louchours direkt als Programm der Panik. Jede Anstrengung war vergeblich, Clemenceau wenigstens zum Verzicht auf die Erhaltung eines ungeheuren Heeres am Rhein zu bewegen, dessen Untersch-

tungskosten die Wiederherstellungen stark vermindern und das in seinem Verhältnis steht zu dem auf 100 000 Mann herabgesetzten deutschen Heer.

Ueber den allgemeinen Verlauf der Friedenskonferenz bemerkt Baker, daß nur die Franzosen und Japaner greifbare Pläne hatten; die Engländer schienen unvorbereitet, benutzten aber wunderbar jede Gelegenheit, während die Italiener selbst in vertraulichen Besprechungen unter sich uneinig waren.

Was will der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter?

Das Programm des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener ist, bei völliger parteipolitisch und religiöser Neutralität unter Verzicht auf lärmenden Presse- und Versammlungstump mit anderen Verbänden, die weniger der Kriegsopferbewegung zur Verfügung stehenden Jahre zu scharfer, von ersten Fachleuten geleiteter sozialer und wirtschaftlicher Arbeit für seine Mitglieder auszugehen. Dies Programm hat der Verbandstag von neuem einstimmig gebilligt. Insbesondere hat er die Verbandsleitung in ihrer Absicht bekräftigt, neben dem leider nur allzu notwendigen Kampf gegen die teilweise höchst verfehlten, ja schädlichen, teilweise noch ganz unzulänglichen Gesetzesvorschriften über Versorgung der Kriegsopfer und Fürsorge für ihr Wohl aus eigener Kraft heraus den mannigfachen Nöten zu steuern. Auf diesem Wege der „organisierten Selbsthilfe“ ist der Verband schon rüstig vorwärtsgeschritten, während andere Organisationen sich mit politischen Erörterungen die Köpfe erhitzen. Erwähnt seien nur seine überall lebhaften Anklang und Aufnahme findenden Pläne, die Beschädigten, statt sie zwangsweise in Betriebe stecken zu lassen, zu Invalidenunternehmungen mit zugehöriger Siedlung zusammenzufassen. Wieviel gesünder dieser Gedanke ist, als die Zwangsbeschäftigung, zeigt die freundliche Unterstützung, die er seit seinem Auftauchen seitens der gewerblichen Welt und anderer Berufsgruppen findet. Es liegt auf der Hand, daß nur bei restloser Wiedereinführung der Kriegsopfer in das Erwerbsleben, nur bei völliger Befriedigung ihres Arbeitshungers und ihres Ehrgeizes, wirtschaftlich vorwärts zu kommen, ihre gewichtige Mitarbeit am öffentlichen Leben im Sinne des Wiederaufbaues unserer sieben Heimat ausgewirkt werden kann. Wird aber jene Voraussetzung erfüllt — und dazu beizutragen ist Ehrenpflicht aller Volksgenossen —, so können die Kriegsopfer, zumal wenn sich der Zentralverbandsgedanke der politischen Neutralität endlich überall durchsetzt, ein lebendes Beispiel dafür werden, was es heißt, im öffentlichen Leben den Schöngartengeist über den Parteigeist zu stellen.

Die Kriegsopfer können dann, wie in Detmold der erste Vorsitzende des Zentralverbandes, Reichstagsabgeordneter Otto Thiel, sagte, der Sauerwein in der neuen deutschen Volksgemeinschaft werden, sie mit Ernst und Kraft, mit Heiligkeit und starkem Willen zum Wiederaufbau des Vaterlandes durchdringen.

Deutsches Reich.

Das Schicksal der Fürstenbilder.

DRS. Gießen, 18. Jan. Vom Senat der Landesuniversität wird zu der bekannnten Angelegenheit des Großherzogbildes folgendes mitgeteilt: Auf Anordnung der bayerischen Regierung wurde das Bild des früheren Großherzogs im Oktober 1921 in der Gießener Aula entfernt. Da dieses Gemälde bei dem Universitätsjubiläum 1907 von dem Großherzog gestiftet worden war, vertrat der Senat die Ansicht, daß das Bild des letzten Rector magnificencissimus von der bekannnten Bestimmung über die Entfernung der Fürstenbilder nicht getroffen wurde, zumal die Aula kein eigentliches Amtsgemälde darstellt. Auf eine Eingabe des Senats sagte die Regierung nachmalige Erwägung zu, kam aber am 22. November zu der Entscheidung, daß es bei der Entfernung des Bildes sein Bewenden haben müsse. Von diesem Beschluß erhielt die Landesuniversität längere Zeit keine Nachricht. Infolgedessen erbat der Rector endgültig Bescheid bis 10. Januar und schlug vor, eine Nichtbeantwortung als Zustimmung zur Wiederbringung des Bildes anzusehen.

Die Halbseele.

Roman von Arthur Brausewetter.

(Nachdruck verboten.) (Fortsetzung.)

Man sah es diesen Augen nicht an, daß sie sich drei Nächte nicht geschloffen hatten. Er reichte allen nach gewohnter Weise die Hand — nur Werten sah er nicht.

Das fiel auf. Der Oberbürgermeister, der gerade mit Werten sprach, unterdrückte die Unterhaltung kühl und wandte sich mit besonderer Herzlichkeit zu Westphal.

Der ober war wenig bei der Sache; aus seiner Haltung sprach eine wachsende Unruhe. Als der Oberbürgermeister durch einen anderen Herrn in Anspruch genommen wurde, ging er durch den Sitzungssaal — erst langsam, dann schneller, hin und wieder zurück, wie ein gefangener Löwe in seinem Käfig.

Der Oberbürgermeister hatte auf seinem Stuhl Platz genommen.

„Ich eröffne die Sitzung, meine Herren. Punkt eins der Tagesordnung: Bericht der Rechnungs-Revisoren.“

„Ich bitte ums Wort.“

Ein corpulenter Herr erhob sich. Er war als Bädermeister reich geworden und jetzt Rentier. Weil er überall das Wort führte und stets bei der Hand war, zu kritisieren und zu bemängeln, hatte man ihn zum unbefehlten Stadtrat und Mitglied der Bazarrevisionskommission gewählt.

„Zur Tagesordnung?“ fragte der Oberbürgermeister.

„Nein, ich habe vor der Tagesordnung zu sprechen.“

Und nun räusperte er sich und begann: „Meine Herren, Sie alle haben jenen Artikel gelesen, der erst wenigen Tagen erschienen ist, und durch den unsere Stadt in Aufregung versetzt wird. Es werden darin unserem Bazarrevisor, vor allem aber seinem Ehepartner derartige Vorwürfe gemacht, daß ich nachdachte, der Herr Vorsitzende würde heute Gelegenheit nehmen, die Sache zur Sprache zu bringen. Da er es nicht getan, sehe ich mich veranlaßt, den Herrn Professor, der hier unter uns weilt, um eine Erklärung zu ersuchen und zwar: ob irgend etwas in diesen skandalösen Berichten der Wahrheit entspricht; wenn nicht, welche Schritte er zu tun gedenkt, um diesen Angriffen entgegen zu treten.“

Der Oberbürgermeister wollte erwidern. Aber schon war Westphal von seinem Stuhl emporgeschauert. Sein Antlitz glühte, die grauen Augen blühten unter den buschigen Brauen.

„Ich werde auf die Interpellation des Herrn Bädermeisters keine Erklärung abgeben. Ich habe weder ihn noch diese

zu dürfen. Da bis 10. Januar keine Antwort eintraf, glaubte die Landesuniversität sich berechtigt, das Bild wieder an seinen alten Platz bringen zu dürfen. Am 12. Januar erhielt der Rector jedoch Kenntnis von dem Beschluß vom 22. November und hat daraufhin die Wiederentfernung des Bildes angeordnet.“

Zwistigkeiten zwischen Bayer. Volkspartei und Ministerpräsident?

München, 18. Jan. Die „Münchener Zeitung“ knüpft heute an eine Ausführung des „Bayerischen Kuriers“ an, in der ausgeführt worden war, Bayern könne den ausgesprochenen „leitenden Staatsmann“ überhaupt nicht und habe nur den Begriff des Gesamtministeriums. Diese Erklärung war im Zusammenhang mit den Meinungen verschiedener Blätter gemacht worden, daß Graf Verchenfeld als leitender Staatsmann mit dem Staatspräsidenten Württemberg und Badens verhandelt habe. Die Münchener Zeitung, die der Bayerischen Volkspartei nahesteht, steht in dieser Erklärung des Bayerischen Kuriers einen Vorstoß gegenüber dem Ministerpräsidenten, der als Wirt mit dem Staatspräsident bezeichnet werden könnte. Auch in Teilen der Provinzpresse der Bayerischen Volkspartei werden scharfe Angriffe gegen den Grafen Verchenfeld gerichtet, aus denen zu ersehen sei, daß seine Politik zum Teil auch in der eigenen Partei auf eine scharfe Begegnung stoße.

Der Reichsverband der höheren Beamten

verfendet folgende Mitteilung: Wie wir in Ergänzung unserer Mitteilungen über die Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes u. des deutschen Beamtenbundes erfahren, hat der Reichsverband der höheren Beamten bereits bei den Befoldungsverhandlungen, an denen er als Spitzenorganisation der oberen Beamtenschaft teilnahm, gegen die Art der beabsichtigten Befoldungsregelung nachdrücklich Protest eingelegt. Der Reichsverband erhofft in der Neuregelung eine so schwere Gefährdung der Beamten des mittleren und oberen Dienstes, daß auf diesem Wege unendlich eine endgültige Lösung des Befoldungsproblems gefunden werden könnte. Besorgert wird vielmehr eine umfassende Neuregelung der Grundgehälter, die auf der Grundlage des Existenzminimums einen prozentual gleichmäßigen Aufstieg der Befoldungsgruppen vorsieht und unter Fortfall der Teuerungsauslagen die Angleichung der Gesamtbezüge an die jeweilige Geldwertveränderung durch Einführung der gleichen Gehaltsstufen herbeiführt.

Die Frage der Beamtengehälter.

Berlin, 18. Jan. Vom Zeitungsdiens des Deutschen Beamtenbundes wird uns geschrieben: Der Deutsche Beamtenbund hat in Verfolg des Beschlusses seines Vorstandes vom 14. Januar am 16. Januar eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der eine Revision der Grundgehälter der Beamten als notwendige Folge der Auswirkungen des neuen Steuertarifs verlangt wird. Außerdem wird eine weitere Erhöhung des Teuerungsauschlages für die ersten Einkommensstufen durch Ausbau des vom Deutschen Beamtenbund stets geforderten und jetzt auch von der Regierung übernommenen sozialen Prinzips notwendig, wobei wenigstens eine Verdoppelung des von der Regierung in Aussicht genommenen Betrages von 2000 Mark in Frage kommen müßte. Diese Forderung ist schon im Hinblick darauf gerechtfertigt, daß seit der letzten Befoldungsanhebung allein die Reichsteuerveranschlagung eine Steigerung um 37 Prozent aufweist und weitere Preissteigerungen, wie die des Brotes um 75 Prozent, bevorstehen. Die wirtschaftlich Schwächsten, insbesondere die Diätäre, Beamte im Vorbereitungsdiens, Ruhegehälter- und Parteigeld-Empfänger sowie Beamtenhinterbliebene, sind in diesem Umfange mitzubedenken.

Steigerte Kosten der Lebenshaltung.

München, 18. Jan. Im Januar 1922 macht sich nach dem statistischen Monatsbericht der Stadt Köln gegen den Vormonat wieder eine nicht unerhebliche Erhöhung der vierwöchentlichen Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Arbeiterfamilie von Mann, Frau, einem Sohne von 10 und einer Tochter von 6 Jahren geltend. Die Gesamtkosten stellten

sich auf 2 925 Mt. 2 721,03 Mt. im Dezember und 2 490,30 Mt. im November 1921. Die Steigerung der Ernährungslosten beruht darauf, daß der seit dem 15. Dezember 1921 erhöhte Brotpreis im Januar voll zu entrichten war, da der Kleinhandelspreis für Kartoffeln von 3,20 Mt. auf 3,80 Mt. für das Kilo gestiegen ist, woraus sich ein Mehr von 30 Mt. für 100 Kilo ergibt, daß auch die Gemüsepreise stark angezogen haben und auch darauf, daß die meisten anderen bei der Ausstellung berücksichtigten Lebensmittel teurer geworden sind. Nur die Fettarten sind im Preise heruntergegangen.

Letzte Meldungen.

Die Ratifikation des Viermächteabkommens gescheitelt.

Washington, 18. Jan. Daily Chronicle meldet aus Washington, daß die Ratifikation des Viermächteabkommens für den Stillen Ozean durch die Haltung des amerikanischen Senats gefährdet erscheine. Der frühere Präsident Wilson, der gegen einen Vertrag sei, werde, wie man erwartet, demnächst öffentlich erklären, daß das Viermächteabkommen nicht dem Völkerverbündungsdenken entspreche.

Zusammenkunft des auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 18. Jan. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags trat heute vormittag zusammen. Für die Besprechungen waren an erster Stelle ein Bericht Dr. Rathenau über das Ergebnis seiner Reise vorgesehen. Anschließend daran wird wahrscheinlich der Reichstagspräsident sprechen. Die Antwort der deutschen Regierung an die Reparationskommission wird in den zuständigen Ministerien vorbereitet. Gestern nachmittag fand eine entsprechende Beratung der zuständigen Leiter der Ministerien statt.

Berlin, 18. Jan. (Von unfr. Berl. Büro.) Der Reichsminister, Geheimrat Franz Mendelssohn, eröffnete heute vormittag die Vollversammlung des Industrie- und Handelskammertages im Gebäude der Handelshochschule mit einer kurzen Begrüßung und erteilte sofort dem Reichstagspräsidenten Wirth das Wort. Er sagte u. a.: Das maßgebende Kennzeichen sei die Tatsache, daß man Deutschland als gleichberechtigten Kontrahenten zu einer Konferenz eingeladen habe. Als Vertreter der Reichsregierung versicherte er der Versammlung, daß der Aufbau einer starken Staatsautorität beabsichtigt sei, die die Tätigkeit und die Arbeit in Handel und Gewerbe objektiv zu würgen bestrebt sei.

Die Auswirkungen des deutschen Dumpings.

London, 18. Jan. Die Cologne Post meldet interessante Einzelheiten über die Auswirkungen des deutschen Dumpings: Die Arbeitgeber in der Granitindustrie zur Herstellung von Denkmälern, Grabsteinen usw. von Aberdeen in Schottland sind von einer drohenden Lohnverfälschung in Kenntnis gesetzt worden, die 3 bis 4 Pence pro Stunde je nach der Arbeitsleistung betragen soll. Die Ursache dieser Lohnverminderung liegt einmal darin, daß keine Aufträge von Granit- oder Kriegerdenkmälern vorliegen. Die Arbeitgeber hätten keinen Erfolg damit, die Kriegergräberkommission zum Abschluss eines Vertrages zu bestimmen. Die Deutschen stellen zur Zeit die allererstbesten Konkurrenten dar. Es wird berichtet, daß amerikanische Großhändler, die früher große Mengen von Aberdeen Granit zu kaufen pflegten, für 10 000 Pfund Sterling Granit aus Deutschland gekauft hätten, die aus skandinavischem Granit hergestellt worden seien. Und damit nicht genug, selbst große englische Städte bekämen Granit und Grabdenkmäler aus Deutschland billiger, als die Aberdeen Fabriken bei den heutigen Löhnen produzieren könnten.

Die Hohe Horde.

Konstantinopel, 17. Jan. (Havas.) Die Hohe Horde hat an den internationalen Oberkommissar eine Note gerichtet, in der dargelegt wird, daß nach der griechischen Presse sehr viele Personen in Athen kostbare Gegenstände und Wertgegenstände verkaufen, die den Türken in den besetzten Gebieten Kleasiens gehören und daß insbesondere die Japaner den grünen Wollschaf von Bursa weggenommen und nach Athen gebracht wurden. Die Hohe Horde bittet die Großmächte der Entente, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um dem Raub der künstlerischen und historischen Schätze der Türkei ein Ende zu machen.

war trefflich vorbereitet. Die Persönlichkeit des Professors sowie sein Charakter war den meisten Herren fremd. Aber daß er ein berühmter und gesuchter Mann war, das wußten sie alle. Und das genügte.

Es ist ein bedenklich Ding, sich vor anderen auszusprechen. Die schwindelhaften Höhen der Berge sind nicht so gefährlich, wie die Höhen der Menschheit. Liebe und Haß sind ununtertrennbare Zwillingsgeschwister; sie scheinen nur so verschieden.

In dem Kollegium saßen eine Anzahl von Herren, denen ihre Praxis Zeit ließ, sehr gewissenhafte Stadtverordnete zu sein. Diese schwiegen aus vornehmer Kollegialität. Und über sie hatten ihre Schwäger, Weitem, Patienten, diese sprachen um so lauter, griffen um so rücksichtsloser an. Und dann schwiegen die Amtsgenossen wieder — dieses Mal jedoch nicht aus vornehmer Kollegialität. Aber man hätte sie vielsach äußern, wie peinlich ihnen diese Verhandlung angewesen sei; es gab sogar einige, die ihnen daslaubten.

Der Oberbürgermeister warf sich für den Abwesenden in die Bresche. Er hatte einen großen Einfluß. Dieses Mal verlagte auch der. Nur einige der jüngeren bedoldeiten Stadträte kamen ihrem Chef zu Hilfe.

Der Bädermeister erlebte an diesem Tage eine allzu zehende Genugtuung. Westphal schien vernichtet! —

Die Presse beutete den Fall aus. Nichts berichten Lokalzeitungen mit so patriotischer Gründlichkeit als die Reden der Stadtverordneten. Jedes Wort erhält seine Würdigung. Und nun vollends eine Verhandlung wie diese!

Westphal glaubte viele Feinde zu haben; jetzt war er von dem Wahne geheilt, die Freunde besessen zu haben. Große Männer haben nie Freunde. Es gibt aber immer noch solche, die sich schmeicheln, hierin eine Ausnahmestellung zu haben. Besonders Kerze rechnen gern auf die Dankbarkeit lebender Menschen, den sie einmal mit Erfolg behandelt haben.

Nach an demselben Abend brachte eine kurze Zeitungsnote die Nachricht, daß Professor Westphal infolge der dauerlichen Vortommnisse die Stadt verlassen würde, um an einem anderen Orte ausschließlich der Ausübung seiner Privatpraxis zu leben.

Aber Westphal legte nicht einmal seine Tätigkeitskarte als Oberbürgermeister nieder. Alle gütigen Verleumdungen und Drohungen des Oberbürgermeisters, alle Verleumdungen und Drohungen der Ozean scheiterten an seinem harten Willen. Und nun zu einer Niederlegung seines Amtes zu zwingen, hatte man keine Macht. Westphal mußte das und bot dem Sturm die Brust. —

(Fortsetzung folgt.)

Kommission für berechtigt, eine solche zu fordern. Ich untersehe keinem Gerichtshofe. Ich bin ein freier Mann der Wissenschaft. Wer überhaupt, wie der Herr Vorredner, die Möglichkeit erwägt, ob diese von Haß und Rivalneid diktierten schändlichen Pamphlets einen Grad von Wahrheit enthalten, der hat ein Recht verloren, auch nur ein Wort der Aufklärung von mir zu erbitten.“

„Oho — ich muß denn doch —“ Und der corpulente Herr erhob sich auch und stand nun mit hochrotem Gesicht dem Professor gegenüber wie ein Zwerg einem Riesen.

„Ich muß sehr erlauben, den Herrn Redner, so lange er das Wort hat, nicht zu unterbrechen.“ sagte der Oberbürgermeister energisch.

Und der kleine Herr ließ sich auf seinen Stuhl nieder mit verbissenem Gesicht, wie ein Kind, das eine Lektion erhalten hat und dem Weinen nahe ist.

Ein verächtliches Wächeln suchte um den Mund des Professors. Jetzt war er Herr der Situation. In seiner Haltung lag der Ausdruck unerschütterlicher Größe.

„Ich bin es gewohnt, von Reid und Mißtraun umgeben zu sein. Meine schlimmsten, meine einzigen Feinde sind stets meine Kollegen gewesen. Deshalb? Weil ich ein wenig mehr leiste als sie, weil der Erfolg auf meiner Seite ist. Ich aber lasse ihrer. Jede Verteidigung vor dieser Versammlung, in der mein Assistent sitzt und die Oberin meines Bazarrevis, auch nur die geringste Erklärung vor dieser Kommission, deren Mitglieder Voten sind, weise ich hiermit zurück, als meine Würde verletzend. Was ich war und bin, das bleibe ich. Kögen den Herrn Vorredner solche Artikel aus Gift und Galle mindernwertiger Leute erregen — mich lassen sie kalt bis in das fleischliche Herz. Und fragt er mich, was ich gegen sie zu tun gedenke, so antworte ich ihm: sie verachten!“

Niemand ergriff das Wort. Der kleine Herr verzerrte den Kopf in den Ästen und brütete. Die Sitzung nahm ihren Fortgang. Die gleichgültigsten Fragen wurden erörtert. Zu allen hätte er das Wort genommen. So manche Ausgabe war zu bemängeln; er hatte sich so viele Notizen gemacht! Aber er schwieg und — grübelte.

Eine Stadtverordnetenversammlung!

Wo in der weiten Welt gibt es eine Versammlung wie diese? Welches Parlament, wie es auch heiße, kommt ihr gleich an Rühmlichkeit der Zusammenkunft, an der Kunst, über alle Dürre und platte Wirklichkeit des lokalen Lebens den hochschwellenden, nie verlegenden Redestrom zu ergießen? Vor dieses Forum kam der Fall Westphal. Die Sache

Deutscher Süden — Deutsche Feste.

(Bozener Brief.)

Wer von allen jenen Tausenden, die früher — ein Zeitalter, der so genial alles Gute in sich schließt — gegen Italien führen...

Anderer, weniger nach Goethe geratene Volksgenossen finden ihn nicht. Zunächst heute nicht mehr, wo doch durch den „Fortschritt“...

Wollen wir die guten Menschen aus dem neuen Berlin und ähnlichen Sammelstätten...

Und da soll doch noch ein Wort beigelegt werden, daß die Deutschen...

Lannendäume zu Markte gefahren würden, um „einem barbarischen, an die vergangene Herrschaft gemahnenden Brauch zu dienen“...

Städtische Nachrichten.

Voranschlag des Mannheimer Nationaltheaters.

Den sachlichen Ausgaben, die sich insgesamt auf 3.193.400 M. belaufen, merkt man an, daß sie ganz gehörig geschnitten worden sind.

An Vergütungen auf Grund des Befehles über das Ueberrecht sind 250.000 M. (mehr 150.000 M.) eingestellt.

Für Zu- und Abfuhr von Bühnengegenständen aus Magazinen werden 50.000 M. (mehr 10.000 M.), für kleinere Bühnen- und Hausbedürfnisse...

Die Reinigung des Gebäudes erfordert einen Aufwand von 141.250 M. (mehr 78.750 M.). Die tarifmäßigen Löhne für sechs...

Im dem Bericht in letzter Nummer ist durch ein technisches Berichten der Abfall über die Zusammenfassung des Operpersonal...

3. Einrichtung durchlaufender Wagen Frankfurt a. M. — Mannheim im D-Zug 176. Die Handeltammer Mannheim war aus dem...

Steuerhinterziehungen. Von unterer Seite wird uns geschrieben: Das „Neue Mannheimer Volksblatt“ teil in seiner...

Erkennen.

Schritt für Schritt tastest du weiter Zur Einsamkeit. Schmerzlähmtes Schen, stilles Erkennen...

(Aus B. Hammer-Debs: „Als ich mich verlor“, Berlin-Brig, Richter.)

Theaterkrise in Hagen.

Ein bedauerliches Stück zeitgenössischer Künstlertragödie. Dem bisherigen Intendanten des Hageners Theaters, Franz...

zu können. Ein Theater Vorstand, der sich zusammensetzt aus einem juristisch vorgebildeten höheren städtischen Verwaltungsbeamten...

Die Bauernstube.

Von Franz Rohke.

Heute war ich in einer Bauernstube. Richtige Bauernstuben gibt es so selten. Die meisten sind vornehm angeordnet von der...

Kunst und Wissen.

Baden-Badener Theater- und Konzertbericht. Erkränkungen im Personal der Stadt. Schauspieler haben in letzter Zeit mehrere...

